

Der Text weist auch darauf hin, daß die Erwartungshaltung an die Kirche und die Christen in der DDR-Gesellschaft ungebrochen sei. Die Kirche werde als *moralische Instanz* angesehen, deren Normen und Werte auch neu auftretenden Problemen gerecht werden könnten. Der Pfarrer genieße als kirchlicher Repräsentant und wesentliche religiöse Symbolfigur in der Gesellschaft der DDR ein hohes Prestige. Schließlich macht die Untersuchung auf das Phänomen der *Bildung von Gruppen* aufmerksam, die „in die Kirche streben oder deren Nähe suchen“. Viele einzelne Gruppenmitglieder strebten auch direkt die Kirchenmitgliedschaft an.

Damit ist die Studie bei ihrem eigentlichen Thema: den „sozialisierenden Gruppen“. Diese zusammenfassende Bezeichnung wird gewählt, weil sich in diesen Gruppen Sozialisationsvorgänge weitgehend unabhängig von den großen Sozialisationsinstanzen Staat und Kirche abspielen: „Die Gruppenmitglieder sind nicht auf Anpassung und Konformität aus. Sie scheuen nicht das Risiko der sozialen Alternative zu den vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen ... In der Erfahrung eigener ungenügender Sozialisation verbinden sie individuelle und gesellschaftliche Problemlagen.“ Die „sozialisierenden Gruppen“, dienen der Untersuchung einmal als Beleg dafür, daß die DDR-Gesellschaft aus sich selber heraus, als Folge sozialer Defizite „Religion produziert“. Gleichzeitig wird an ihnen abgelesen: „Reproduzierte Religion bezieht aus der christlichen Religion Symbole, Theorien und Handlungsweisungen und verdrängt in der DDR-Gesellschaft marxistische Religionsäquivalente“.

Von daher ist es konsequent, wenn Neubert in seiner Studie den evangelischen Kirchen in der DDR rät, sich ungeachtet der damit verbundenen Schwierigkeiten auf diese Gruppen als eine mögliche Sozialgestalt von Kirche hin zu öffnen, sie nicht nach kirchennahen und kirchenfernen Gruppen zu selektieren. Die Kirche als institutionalisierte Religion könne ihre gesellschaftliche Rolle in der gegenwärtigen Situation verbindlich

und verständlich wahrnehmen, wenn sie versuche, zu der in den Gruppen reproduzierten Religion ein institutionalisiertes Verhältnis zu finden: „Die Gruppen haben jetzt schon Ansätze für die Rückgewinnung von gesellschaftlicher Relevanz in den Kirchen bewirkt.“

Wende im Säkularisierungsprozeß?

Mit ihren Empfehlungen für die Haltung der Kirche gegenüber den „sozialisierenden Gruppen“ steht Neuberts Untersuchung nicht allein. So heißt es etwa im Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen an die Synode des Kirchenbundes vom September letzten Jahres (vgl. epd-Dokumentation, Nr. 43/85), von den Möglichkeiten und Gaben der Gruppen könnten Elemente der Erneuerung auf die Kirche ausgehen: „Es könnte sich hier eine Sozialgestalt der Kirche herausbilden, die sich für uns auf dem Weg in die Zukunft einmal als unentbehrlich erweisen kann“. Ob die „Reproduktion von Religion“ in diesen Gruppen allerdings schon eine Trendwende im Säkularisierungsprozeß einläutet, wie es die neue Studie nahe-

legt, steht auf einem anderen Blatt. Kritische Rückfragen müßten vor allem beim recht unbestimmten und fast rein funktionalen *Religionsbegriff* der Studie einsetzen, der das Reden von der „Reproduktion von Religion“ überhaupt erst ermöglicht. Die Untersuchung liefert *eine* wichtige Perspektive zur Deutung und Wertung des neuen Interesses für Religion in der DDR-Gesellschaft; Ergänzungen und auch Korrekturen sind sicher möglich und nötig.

Nur in einer Anmerkung verweist Neubert auf ähnliche Entwicklungen in anderen sozialistischen Staaten, wobei er einen im „Concilium“ (Oktober 1985) veröffentlichten Aufsatz des Soziologen *Miklós Tomka* über Unbehagen der Jugend und Religion in Ungarn anführt. Tatsächlich sind Phänomene eines religiösen Aufbruchs vor allem in Teilen der Jugend und entsprechende Gruppenbildungen in allen kommunistisch regierten Ländern Mittel- und Osteuropas anzutreffen, ohne daß man die Entwicklung in den einzelnen Ländern einfach über einen Kamm scheren dürfte. Vom Absterben der Religion jedenfalls kann nirgendwo die Rede sein.

U. R.

Europa: Verstärktes Bemühen um Zusammenarbeit

Vom 4. bis 11. September 1986 fand in Stirling, Schottland, die IX. Vollversammlung der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) statt, sieben Jahre nach der VIII. Vollversammlung auf Kreta im Oktober 1979 (vgl. HK, Dezember 1979, 596–598). Wurde die erste Vollversammlung (Nyborg I) im Jahre 1959 von 90 Vertretern aus 52 Kirchen beschickt, kamen in Stirling 210 stimmberechtigte Delegierte aus 96 Mitgliedskirchen zusammen. Gegenwärtig umfaßt die KEK 116 Mitgliedskirchen. An der Vollversammlung konnten die Serbisch-Orthodoxe Kirche mit 10,5 Mio. Mitgliedern und die Verei-

nigte Methodistische Kirche von Estland mit nur 2 000 Mitgliedern aufgenommen werden.

Europas zweite Evangelisierung

Die römisch-katholische Kirche ist nicht Mitglied der KEK. Diese arbeitet jedoch eng mit dem Rat der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) zusammen. Der Rat war mit fünf „fraternal Delegates“ (Kardinal *Basil Hume*, Westminster, Erzbischof *Patrick O'Brien*, Edinburgh, Bischof *Josef Möller*, Groningen, Weihbischof *Alfred Kleinermeilert*, Trier, CCEE-

Sekretär *Ivo Fürer*) vertreten. Dazu kamen drei Vertreter des Einheitssekretariates und drei katholische Mitarbeiter in den Vorbereitungskommissionen.

In Stirling waren das Präsidium (8 Mitglieder) und der beratende Ausschuß (27 Mitglieder) neu zu bestellen. Diese Organe sind für die Arbeit der KEK zwischen den Vollversammlungen verantwortlich. Vom bisherigen Präsidium stand einzig Metropolit *Alexy* (UdSSR) für eine Wiederwahl zur Verfügung. Aus dem deutschen Sprachraum wurde Bischof *Gernot Jung* (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck) gewählt. Ca. ¾ aller Mitglieder des beratenden Ausschusses sind neu. Am Ende dieses Jahres wird zudem der bisherige Generalsekretär *Glen Garfield Williams* das Amt dem Schweizer *Jean Fischer* übergeben. Williams prägte die KEK zuerst als Exekutiv-, später als Generalsekretär während 25 Jahren mit. Man sprach zu Recht von einem eigentlichen Generationswechsel in der KEK.

Entscheidend für die Weiterarbeit sind die Beschlüsse der Vollversammlung aufgrund des Berichtes des Weisungsausschusses. Grundsätzlich wurden die beiden bisherigen Hauptarbeitsbereiche „Einheit und Zeugnis“ und „Frieden und Gerechtigkeit“ bestätigt.

Ein erster Abschnitt befaßt sich mit der *kommenden Studienarbeit*. Darin heißt es: „Wir empfehlen, dem Thema ‚die Mission der Kirche in einem säkularisierten Europa‘ für die nächste Periode Priorität zu geben.“ Diese Prioritätensetzung ist von der Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche mitbeeinflusst. Der Bericht beruft sich nämlich auf die Botschaft des Vorsitzenden des Präsidiums, *André Appel* (Straßburg): „Lassen sie mich bitte ein weiteres positives Element erwähnen, das zum sichtbaren Ausdruck unserer Einheit werden könnte. Es handelt sich um eine Herausforderung von der Art, wie sie nur selten vorkommt.“

Im Oktober letzten Jahres, nur wenige Tage vor der Bischofssynode, trat in Rom das 6. Symposium der eu-

ropäischen Bischöfe zum Thema Säkularisierung und Evangelisierung zusammen. Wenige Wochen später unterstrich Papst Johannes Paul II. in einem Schreiben an die Leitungen der europäischen Bischofskonferenzen die Bedeutung des Themas und die Ergebnisse dieses Symposiums. Europa ist in der Tat der erste vollständig evangelisierte Kontinent gewesen. Von hier gingen unzählige Missionsbemühungen in aller Welt aus. Heute, so formulierte es Kardinal Hume in seiner Schlußansprache auf dem Symposium, braucht Europa eine zweite Evangelisierung. Und der Papst fügte hinzu, dies könne nicht von einer Kirche allein geleistet werden, es bedürfe hierzu vielmehr einer ökumenischen Vorbereitung. Ich frage mich, ob diese Vollversammlung sich nicht mit dieser Frage befassen und entsprechende Vorschläge machen sollte.“ Die Vollversammlung folgte dieser Aufforderung.

Einfluß der katholischen Seite

„Einer der echten Fortschritte zwischen der VIII. und IX. Vollversammlung ist die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche durch das *Consilium Conferentiarum Episcopatum Europae*“, heißt es im Bericht des Weisungsausschusses. Im Hintergrund dieser Bemühungen stand die Erfahrung der 3. Europäischen ökumenischen Begegnung in Riva del Garda und Trient im Oktober 1984 (vgl. HK, November 1984, 499f.). In Stirling zeigt sich, daß diese Begegnung auch für solche, die nicht daran teilgenommen haben, zum Symbol für die Gemeinsamkeit der Christen in Europa geworden ist. Neben dem genannten Bereich der Evangelisierung wurde die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche empfohlen: Sofortige Neubestellung des gemeinsamen Ausschusses CCEE/KEK, Einberufung der 4. Europäischen ökumenischen Begegnung (vorgesehen für 1988), Zusammenarbeit in der Begleitung des Helsinki-Prozesses, Versöhnungsarbeit in Nordirland.

Die KEK wünscht, zusammen mit dem CCEE, einen *gemeinsamen „Ausschuß der Kirchen für Islam in Europa“* einzurichten, welcher die bestehenden Initiativen koordinieren und ergänzen soll. Die Zusammenarbeit soll auch im Bereich von Gerechtigkeit und Frieden vertieft werden: „Wir empfehlen, daß die KEK im Kontext des vom Ökumenischen Rat der Kirchen initiierten konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung gemeinsam mit dem CCEE die Initiative ergreift, eine „Nordkonferenz“ zum Thema „Frieden mit Gerechtigkeit“ vorzubereiten und durchzuführen, an der die Kirchen der nördlichen Hemisphäre, und zwar vor allem aus den Ländern, die die KSZE-Schlußakte unterzeichnet haben, teilnehmen. Diese Konferenz müßte vor Ende 1988 im Vorfeld der für 1990 geplanten ÖRK-Weltkonferenz stattfinden.“ Der Rat der europäischen Bischofskonferenzen hat zu dieser Empfehlung noch nicht Stellung bezogen.

Im Sinn der bisherigen Arbeit soll bei der KEK ein Sekretariat „Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte“ eingerichtet werden. Es soll sich mit Fragen von Entmilitarisierung, Abrüstung, Frieden, Reduzierung und Liquidierung von Nuklearwaffen, Zusammenarbeit zwischen Christen und Friedensbewegungen, Schaffung von Vertrauen, friedlicher Koexistenz befassen. Es soll die *Menschenrechtsarbeit* der Kirche fördern und unterstützen, den KSZE-Prozeß in engem Kontakt mit dem Kanadischen Rat der Kirchen und dem Nationalrat der Kirchen Christi in den USA überwachen und begleiten. In der Diskussion zu Friedensfragen zeigte sich wohl am deutlichsten, daß die Kirchenvertreter zugleich Staatsbürger und in ihre Länder eingebunden sind. Politische Positionen beeinflussten die Diskussion, was dem Westeuropäer angesichts der bedeutenden Vertretung aus sozialistischen Staaten besonders auffiel.

Im weiteren will die KEK in den kommenden Jahren den kleinen Kirchen im südlichen Europa mehr Aufmerksamkeit widmen, die Zusammenarbeit

mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und mit Gruppierungen von Kirchen und ökumenischen Vereinigungen ausbauen, die Kommunikation mit den Mitgliedskirchen verstärken, ihre Koordinationsaufgabe in der Arbeit für Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa wahrnehmen.

Schwierige, aber doch fruchtbare Vielfalt

„Angesichts der zahlreichen Aufgaben, die die IX. Vollversammlung erwarten, soll der Gottesdienst einer ihrer Schwerpunkte sein“, hatte das Präsidium beschlossen. Neben dem feierlichen Eröffnungs- und Schlußgottesdienst und dem öffentlichen Gottesdienst am Samstagabend wurde jeder Tag mit einem einstündigen Morgengottesdienst eröffnet, in dessen Mittelpunkt die *Bibelarbeit* stand. Am frühen Morgen feierten Anglikaner, Orthodoxe, Protestanten und Katholiken abwechselnd je eine Eucharistiefeier. Nach dem Mittagessen wurde zu einer Meditation eingeladen. Das Hauptthema der Vollversamm-

lung lautete „Ehre sei Gott und auf Erden Frieden“. Im Anschluß an zwei einleitende Referate von Prof. *Paolo Ricca*, Waldenser aus Italien, und von Pastorin *Evamaria Taut* aus der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens (DDR) arbeiteten die Teilnehmer in vier Sektionen: Die Herrlichkeit Gottes in einer säkularisierten Welt; Göttliche Herrlichkeit und die Einheit der Kirche; Herrlichkeit Gottes und Schöpfung; Gottes Herrlichkeit und Friede auf Erden. Die Sektionsberichte wurden von der Vollversammlung zur Kenntnis genommen, nicht aber im einzelnen verabschiedet. Sie enthalten theologische Überlegungen, Erwägungen zur Situation und Empfehlungen an die KEK. Die vorliegenden Texte sind als Ergebnis dieser Arbeit durchwegs interessant und überlegenswert.

Wichtiger ist aber die in den Gruppen und Sektionen ermöglichte Begegnung und gemeinsame Arbeit der Vertreter aus vielen Kirchen, Ländern, Altersstufen, beruflicher Herkunft: ein eindruckliches Bild der großen, gewiß schwierigen, letztlich aber doch fruchtbaren Vielfalt

I. F.

Chilenin wurde im Armenviertel La Victoria der Hauptstadt Santiago erschossen. Drei französische Priester (der Pfarrer von La Victoria, *Pierre Dubois*, *Jaime Lancelot* und *Daniel Carrette*) sind wenige Tage nach ihrer Verhaftung abgeschoben worden, zwei amerikanische Mary-Knoll-Patres (*Thomas Henehan*, *Terence Cambias*) erhielten Ausweisungsbescheide, mindestens ein chilenischer Priester ist in Haft. Bis Mitte September waren mindestens 60 Personen verhaftet, darunter auch gemäßigte Politiker wie der Sozialist *Ricardo Lagos*. Zahlreiche der Opposition zugerechnete Personen, insbesondere Politiker und Journalisten, wurden telefonisch bedroht. Vor allem in den Randgebieten der Städte haben die gefürchteten „Allanamientos“, Razzien im Morgenrauen von Polizei und Militär, zugenommen.

Unklarheit über die Attentäter

Über die Urheber des gescheiterten Attentats herrscht immer noch Unklarheit. Die sofort von offizieller Seite beschuldigte kommunistische Untergrundorganisation „Patriotische Front Manuel Rodríguez (FPMR)“ machte über ihre Kontakteleute widersprüchliche Aussagen. In Chile wird ihr allgemein die Täterschaft zugeschrieben, zumal die Terrorgruppe Wochen vor dem Attentatsversuch einen Anschlag auf den Präsidenten angekündigt hatte. In oppositionellen Kreisen wurde jedoch zunächst nicht ausgeschlossen, daß das Regime den Anschlag selbst inszeniert habe. Der Vater des in Chile als einer der Attentäter gesuchten *César Bunster* erklärte in Mexiko, sein Sohn solle herhalten für ein von der Diktatur vorgeführtes Täuschungsmanöver, mit dem sie sich an der Macht halten wollen. *Alvaro Bunster* war unter der Regierung Allende Botschafter in London, sein Sohn war erst in diesem Jahr aus dem Exil nach Chile zurückgekehrt. Eine Woche nach dem Attentat bekannte sich die FPMR über ihren Sprecher *Patricio Mans* im Madrider Rundfunk erneut zu dem Anschlag.

Nach dem Attentat: Chile unter Belagerung

Mit dem gescheiterten Attentat auf den chilenischen Staatspräsidenten General *Augusto Pinochet* vom 7. September hat, wie zu erwarten war, eine Phase verstärkter politischer Repression im Land eingesetzt. Der auf zunächst drei Monate ausgerufene Belagerungszustand hat die ohnehin eingeschränkten Bürgerrechte wie Versammlungs- und Pressefreiheit weitgehend aufgehoben und den Präsidenten ermächtigt, Verhaftungen und Gewahrsam an geheimem Ort ohne Gerichtsbeschuß anzuordnen. Der General kündigte an, von seinen erweiterten Befugnissen so lange Gebrauch zu machen, bis der Widerstand gegen das Regime im Volk gebrochen sei.

Zwei Wochen nach dem Attentat sind Tagespresse, Radio und Fernsehen gleichgeschaltet, über Unruhen, „terroristische Verbrechen oder andere verbotene Aktivitäten“ darf seit dem 14. September nicht mehr berichtet werden. Die oppositionellen Zeitschriften „Hoy“, „Cauce“, „Análisis“, „Fortin“ und „Bicicleta“ wurden verboten. Weder Reuter noch die italienische Nachrichtenagentur Ansa dürfen wegen „Beleidigung der Streitkräfte“ aus Chile berichten.

In der ersten Woche nach dem Attentat, also vor Verhängung des Berichtsverbots, wurden vier Regimegegner von Uniformierten oder Zivilisten entführt und von Kugeln durchlöchert aufgefunden, eine 22jährige